

Antrag 124/I/2019**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA I - Internationale Politik, Frieden und
Entwicklung, FA II - EU-Angelegenheiten (Konsens)****Schaffung und Bewahrung von Frieden - Herausforderungen und Ziele der deutschen und europäischen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik**

1 Friedliche Konfliktlösungen haben auf Dauer nur eine
2 Chance, wenn die Menschen das Gefühl haben, in einer
3 gerechten Welt zu leben. Dieses Gefühl und das Vertrau-
4 en in die deutsche und europäische Sicherheitspolitik ha-
5 ben sich in den letzten Jahren abgeschwächt. Beides muss
6 im Rahmen einer auf breiter gesellschaftlicher Grundlage
7 geführten sicherheitspolitischen Debatte neu entstehen.

8
9 Für die SPD ist Krieg kein Mittel der Politik; oberstes Ziel
10 sozialdemokratischer Sicherheits- und Verteidigungspoli-
11 tik ist die Schaffung und Bewahrung von Frieden.

12
13 Wir fordern dazu auf, dass sich Deutschland und die EU
14 für eine globale Ächtung von Nuklearwaffen und autono-
15 mer Waffensysteme sowie eine weltweite Abrüstungspo-
16 litik einsetzen.

17
18 Die NATO bleibt grundlegender Rahmen für kollektive
19 Sicherheit. Ihr europäischer Pfeiler muss gestärkt wer-
20 den. Wir fordern den weiteren Ausbau der Gemeinsa-
21 men Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu einem ei-
22 genständigen gemeinschaftlichen Politikbereich. Ziel soll-
23 te eine vom Europäischen Parlament kontrollierte und ei-
24 nem europäischen Verteidigungsministerium zugeordne-
25 te EU-Armee mit unmissverständlich defensivem Auftrag
26 sein.

27
28 Wir fordern eine effiziente EU-Koordinierung von Rüs-
29 tungsprojekten, transparente und effiziente Beschaf-
30 fungsstrukturen für die Bundeswehr und gemeinschaftli-
31 che EU-Regeln für Rüstungsexporte; für Krisenländer sind
32 sie - auch über Umwege - zu unterbinden. Zusammen mit
33 vorausschauender Konfliktprävention trägt dies auch da-
34 zu bei, aus Flucht- und Migrationsbewegungen nach Eu-
35 ropa resultierende Krisen zu begrenzen.

36
37 **Begründung**

38 **Neun Thesen zu einer sozialdemokratischen Sicherheits-**
39 **politik**

40 Das Ende des Kalten Krieges, Abrüstungsvereinbarungen
41 und eine prosperierende Weltwirtschaft haben die öf-
42 fentliche Debatte über äußere Sicherheit während der
43 zurückliegenden 30 Jahre in den Hintergrund gedrängt.
44 Weil Deutschland nur noch von befreundeten oder EU-
45 Mitgliedstaaten umgeben ist, fühlen wir uns sicher und
46 Bedrohungen der äußeren Sicherheit erscheinen weit ent-
47 fernt und werden allenfalls unklar wahrgenommen. Die
48 Erfahrung einer anwachsenden Terrorismusgefahr lenkt

49 den Blick auf die innere Sicherheit. Innere und äußere Si-
50 cherheit sind allerdings zwei Seiten einer Medaille, das
51 zeigen nicht zuletzt die zunehmenden Auslandseinsätze
52 der Bundeswehr. Die demokratischen Parteien in unserem
53 Land einschließlich der SPD schrecken vor einer breiten si-
54 cherheitspolitischen Debatte zurück, sie fürchten Flügel-
55 kämpfe zwischen pazifistischen und realpolitischen Poli-
56 tikansätzen. Diese gewollte Sprachlosigkeit öffnet letzt-
57 lich aber nur die Tür für Populisten und Scharfmacher;
58 sie greifen berechnete Besorgnisse und Verunsicherun-
59 gen auf, bieten sich als die Wahrer von Sicherheit, Recht
60 und Ordnung an. Wir brauchen eine breite öffentliche De-
61 batte darüber, in welchem Europa wir leben wollen, wie
62 Deutschland und die EU Sicherheit in einem zunehmend
63 instabilen internationalen Umfeld und angesichts einer
64 veränderten US-amerikanischen Militärdoktrin gestalten
65 müssen. Und wir müssen klären, welche sicherheitspoliti-
66 schen Prioritäten sich Deutschland und die EU künftig set-
67 zen sollen.

68

69 Die folgenden 9 Thesen zu einer sozialdemokratischen Si-
70 cherheitspolitik verstehen sich als Denkanstoß für diese
71 notwendige Debatte.

72 **1.Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Friedenspoli- 73 tik**

74 Für die SPD ist Krieg kein Mittel der Politik. Achtung des
75 Völkerrechts und der Menschenrechte haben oberste Prio-
76 rität (Art. 26 Grundgesetz). Was bedeutet das in einer Welt
77 zunehmender Unordnung und Unsicherheit? Wo finden
78 wir auf der internationalen Ebene Partner und Gleichge-
79 sinnte? Friedliche Konfliktlösungen haben auf Dauer nur
80 eine Chance, wenn die Menschen das Gefühl haben, in ei-
81 ner gerechten Welt zu leben.

82

83 **2.Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Entspan- 84 nungspolitik**

85 Gegenwärtig nehmen Spannungen und Konflikte in der
86 Welt zu, die internationale Sicherheitsordnung zeigt ge-
87 fährliche Risse, der Weltsicherheitsrat ist blockiert und
88 die Vereinten Nationen können ihre Aufgabe weltweiter
89 Friedenssicherung nur in sehr beschränktem Umfang er-
90 füllen. Die Idee einer multipolaren Welt mit einer nach-
91 haltigen Friedensordnung scheint zu verblassen. Politisch,
92 wirtschaftlich und zunehmend auch militärisch instru-
93 mentalisierte Macht- und Hegemonialpolitik ersetzt zu-
94 nehmend den friedlichen Interessenausgleich. Umso ent-
95 schiedener muss die SPD die Politik der Entspannung,
96 des Dialogs und der partnerschaftlichen internationalen
97 Zusammenarbeit vertreten. Die für das Menschenrecht
98 kämpfende Internationale wird heute mehr denn je wie-
99 der gebraucht. Mehr denn je muss die Sozialdemokra-
100 tie international Selbstbewusstsein zurückgewinnen. Die
101 SPD hat dabei eine ganz wichtige Rolle zu spielen und
102 kann an die Erfolge in den 60er und 70er Jahre anknüp-
103 fen. Den rivalisierenden Machtspielen im globalen und re-

104 gionalen Rahmen muss die Sozialdemokratie wieder ein
105 überzeugendes Narrativ von Entspannung und Kooperati-
106 on im gegenseitigen Interesse entgegenstellen. Das erfor-
107 dert vor allem Kreativität bei der Entwicklung konkreter
108 gemeinsamer - im EU-Rahmen vor allem gemeinschaftli-
109 cher - Projekte zur Bewältigung der großen globalen Her-
110 ausforderungen, wobei nationale Interessen zugunsten
111 gemeinschaftlichem Vorgehen zurückstehen müssen.

112

113 **3. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Abrüstungs-** 114 **politik**

115 Bei zunehmender Unsicherheit erscheinen Aufrüstung
116 und Wagenburgdenken als Gebot der Stunde. Damit wer-
117 den jedoch nur neue Bedrohungen und wachsende Ängs-
118 te erzeugt – ganz abgesehen von der damit einhergehen-
119 den und – jedenfalls von einer Mehrheit in Deutschland
120 – als gesellschaftspolitisch problematisch erachteten Mi-
121 litarisierung. Deshalb muss sozialdemokratische Sicher-
122 heitspolitik jeden im Augenblick erforderlichen Rüstungs-
123 schritt mit einem sofort verhandelbaren Abrüstungsan-
124 gebot verbinden und so ein klares und glaubwürdiges Be-
125 kenntnis zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik abge-
126 ben.

127 Gleichwohl muss die Bundeswehr adäquat ausgestattet
128 sein, ihre vorhandenen Systeme müssen funktionieren.
129 Hierfür bedarf es eines angemessenen Etats, der zielge-
130 richteter genutzt und vom Parlament effizient kontrolliert
131 werden muss, um die Sicherheit der Bundeswehrbeschäft-
132 igten und den defensiven Auftrag der Bundeswehr lang-
133 fristig zu sichern.

134

135 **4. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik zielt auf globale** 136 **Ächtung von Nuklearwaffen**

137 Deutschland verzichtet dauerhaft auf eigene Nuklearwaf-
138 fen. Zugleich setzt sich die SPD für globale nukleare Ab-
139 rüstung und letztlich die internationale Ächtung von Nu-
140 klarwaffen ein. Bis dieses Ziel erreicht wird, ist Deutsch-
141 land mit seinen europäischen Partnern auf den nuklearen
142 Schutzschild der USA angewiesen. Während des Kalten
143 Krieges war dieser Schutz unerlässlich. Er ist es auch wei-
144 terhin, allerdings haben sich die amerikanischen Erwar-
145 tungen für diesbezügliche Gegenleistungen verändert.
146 Wir können dem Dilemma, für nukleare Abrüstung einzu-
147 treten und dennoch nuklearen Schutz zu benötigen, vor-
148 erst nicht entkommen. Das hindert die SPD aber nicht am
149 klaren Bekenntnis zu weltweiter nuklearer Abrüstung.

150

151 **5. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Bündnispoli-** 152 **tik**

153 Sicherheit, sowohl nach innen wie nach außen, gibt es für
154 Deutschland nur in Kooperation mit starken und verläss-
155 lichen Partnern. Angesichts Terrorismus und internatio-
156 nal vernetzter organisierter Kriminalität erfordert die in-
157 nere Sicherheit enge europäische und internationale Zu-
158 sammenarbeit. Für die äußere Sicherheit sind die NATO

159 und ihre auszubauende europäische Komponente zumin-
160 dest so lange unabdingbar, wie es keine global durch-
161 setzbare Ächtung von Kriegen gibt. Der US-amerikanische
162 Schutzschild ist unverzichtbar. Innerhalb der NATO erfüllt
163 Deutschland alle Verpflichtungen, die zur Verteidigung
164 des Bündnisgebietes erforderlich sind. An die Stelle fes-
165 ter BIP-Quoten für Verteidigungsausgaben, wie das soge-
166 nannte „2%-Ziel“, sollten klare Aufgabenverteilung treten
167 und darauf ausgerichteter Rüstungsbedarf definiert wer-
168 den. Dazu bedarf es neuer Verhandlungen und Klarstel-
169 lungen innerhalb der NATO.

170 Die SPD sieht Deutschlands Rolle im Bündnis darin, den
171 Defensivcharakter der NATO zu bewahren und zu stär-
172 ken. Ziel ist es, die NATO in ein globales System kollek-
173 tiver Sicherheit einzufügen. Damit die EU auch in der
174 heute von wachsender Machtrivalität gekennzeichneten
175 Welt Einfluss behält, braucht sie eine gemeinschaftliche
176 Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Aus sozialdemokra-
177 tischer Sicht heißt das: in nicht allzu ferner Zukunft gibt
178 es eine vom Europäischen Parlament kontrollierte und ei-
179 nem europäischen Verteidigungsministerium zugeordne-
180 te EU-Armee mit unmissverständlich defensivem Auftrag.
181

182 1. **6. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist Krisen-** 183 **und Konfliktprävention**

184 Sicherheit besteht nur als gemeinsame Sicherheit aller
185 Beteiligten. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein welt-
186 weit anerkannter und durchsetzungsfähiger Mechanis-
187 mus zur Ächtung und Ahndung von Verstößen gegen die-
188 se gemeinsame Sicherheit. Der Sicherheitsrat der Verein-
189 ten Nationen kann dies bei seiner derzeitigen Funktions-
190 weise allerdings nicht leisten. Sicherheit bleibt also pre-
191 kär, nationale oder kollektive Sicherheitsstrukturen sind
192 jedenfalls auf absehbare Zeit unerlässlich.

193

194 **7. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik begrenzt Rüs-** 195 **tungsexporte**

196 Rüstungsexporte in Länder, in denen (Bürger)-Kriege to-
197 ben bzw. Regime ihre Bevölkerung unterdrücken und die
198 Menschenrechte missachten, müssen strikt unterbunden
199 werden. Ebenso muss der alternative Weg, Verkauf und
200 Export von Einzelteilen und Komponenten der Waffensys-
201 teme über andere NATO-Staaten, strengstens kontrolliert
202 werden. Rüstungsexporte in entsprechende Staaten stel-
203 len ein unkalkulierbares Risiko für die weltweite Sicher-
204 heit dar. Wir brauchen eine gemeinsame EU- Rüstungsex-
205 portpolitik.

206

207 **8. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik fördert globale** 208 **Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Herausforde-** 209 **rungen**

210 Es scheint so, als sei unsere Welt aus den Fugen geraten.
211 In Deutschland und Europa erfahren wir gerade, dass die
212 Illusion, auf einer Insel der Glückseligen zu leben, ziemlich
213 schnell zusammenbricht. Zu lange haben wir über die Pro-

214 bleme in der Welt und im eigenen Land geredet, wir ha-
215 ben jedoch allenfalls zögerlich, in vielen Fällen gar nicht
216 gehandelt. So entstand der Eindruck, dass die etablierte
217 Politik unfähig sei, Lösungen für dringende Probleme her-
218 vorzubringen; schließlich ging damit auch Vertrauen in
219 die Demokratie verloren. Die SPD muss wieder zum Vorrei-
220 ter für Solidarität und eine gerechte Weltordnung werden.
221 Neoliberaler Egoismus, die Überschätzung von Eigennutz
222 und Dominanz, hegemoniales Machtstreben untergraben
223 solidarische menschliches Zusammenleben und friedli-
224 chen Interessenausgleich. Die SPD muss unzweideutig er-
225 klären, dass Abschottung, die Verfolgung rein nationaler
226 Interessen und das Streben nach einseitigem Vorteil Irr-
227 wege sind, die Konflikte nur verstärken und unausweich-
228 lich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Im
229 Dezember 1979 schrieb Willy Brandt in seinem Vorwort
230 zum Bericht des Club of Rome: "Dieser Bericht ... wendet
231 sich gegen die Neigung, die Dinge laufen zu lassen. Er will
232 nachweisen, ... dass wir eine gute Chance haben ... Wenn
233 wir entschlossen sind, die Zukunft der Welt so zu gestal-
234 ten, dass sie durch Frieden und Wohlfahrt, durch Solida-
235 rität und Würde geprägt sein wird." Der Bericht nannte
236 all die heute schier unüberwindbar scheinenden globalen
237 Herausforderungen – und er machte deutlich, dass es Lö-
238 sungen gibt, wenn wir sie solidarisch und in gemeinsamer
239 Anstrengung anpacken. Die SPD muss wieder Partei der
240 klaren Zukunftsvision werden, die Wege nach vorn eröff-
241 net und den Menschen so Hoffnung gibt, anstatt sie mit
242 ihren Ängsten vor einer alle Werte zerstörenden Globali-
243 sierung allein lässt. Die Partei muss wieder eigenständig
244 denken und das Handeln nicht Regierungskoalitionen und
245 ihren Minimalkompromissen überlassen. Die SPD muss
246 auch wieder ein gut vernetztes internationales Sekreta-
247 riat haben, dessen Aufgabe nicht in einer Nebenaußen-
248 politik, sondern vielmehr in der Vorbereitung und Umset-
249 zung internationaler sozialdemokratischer Zusammenar-
250 beit besteht.

251

252 **9. Demokratie, Menschenrechte und Global Good Gover-**
253 **nance sind Grundlagen sozialdemokratischer Sicherheits-**
254 **politik**

255 Wertebasierte Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet
256 nicht, andere Staaten oder Regierungen an den Pranger zu
257 stellen (Kritik ist wohlfeil, führt meist nur zu Frontstellun-
258 gen), vielmehr geht es darum, die Vorteile herauszustel-
259 len, die mit der Achtung der Menschenrechte und guter
260 Regierungsführung einhergehen; das friedliche Zusam-
261 menleben kann ohne gegenseitige Achtung und gewalt-
262 freie Lebensumstände für Bürgerinnen und Bürger überall
263 auf der Welt nicht gewährleistet werden.